FR|KLIMA FR.de/klima

Die Expertise von Fachleuten zu ignorieren, ist eine schlechte Idee. Geradezu sträflich aber ist mediales Desinteresse, wenn es ums Überleben nicht nur in der Ukraine geht.

Warnung für Wissing

Protesttag der Klimabewegung

Vor neuen Protesten der Klimabewegung Fridays for Future an diesem Freitag kritisierte die bekannte Aktivistin Luisa Neubauer Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP): „Es gibt keinen Minister in Deutschland, der seine Klimaziele so torpediert wie Verkehrsminister Volker Wissing“, sagte sie dem Berliner „Tagesspiegel“.

Der von seinem Ministerium geplante Autobahnausbau sei eine „rote Linie“. Deutschland sei schon voll mit Autobahnen. „Jetzt braucht es eine Kehrtwende, sonst können wir die Klimaziele an den Nagel hängen.“

Die Fridays for Future wollten an diesem Freitag in mehreren deutschen Städten gegen den Ausbau von Autobahnen protestieren. In Berlin war eine Kundgebung vorgesehen, die sich gegen die Pläne für die Stadtautobahn A100 richtet. Auch Hamburg, Wiesbaden und Stuttgart wurden als Schauplätze genannt. dpa

Ermittlungen gegen Kleberinnen

Vorwurf des Hausfriedensbruches bei Merz in Mainz

Aktive der Klimagruppe „Letzte Generation“ haben sich in Mainz bei einer Rede des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz vor der Bühne festgeklebt. Zwei von ihnen seien bereits identifiziert worden, teilte die Polizei am Freitag mit. Es handle sich um Frauen im Alter von 39 und von 49 Jahren. Gegen sie werde nun wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und des Missbrauchs von Notrufen ermittelt.

Zu der Störaktion kam es am Donnerstag beim Neujahrsempfang der CDU Mainz, auf dem Merz eine Rede hielt zur Unterstützung der Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz, die für die CDU bei der Oberbürgermeisterwahl am 12. Februar kandidiert. Zwei Aktivistinnen drangen bis zum Rednerpult vor und klebten sich dort am Boden fest. Damit war die Feierlaune offensichtlich gestört, die Polizei wurde gerufen.

Doch noch vor deren Eintreffen wurden beide von CDU-Leuten mit Olivenöl vom Boden gelöst und aus dem Saal geführt. Anschließend sollen die Frauen noch einen Feueralarm am Veranstaltungsort ausgelöst haben, bevor sie zunächst unerkannt flüchteten. Die „Letzte Generation“ begründete ihre Aktion damit, dass der Umgang der CDU mit der Klimakatastrophe „beispielhaft für das deutsche Politikversagen“ sei. afp

Der Krieg gegen die Ukraine zielt auf unsere Existenz

Das fossile Zeitalter ist zu Ende. Nur haben wir leider immer noch nicht die fossilfreie Infrastruktur, die wir eigentlich bräuchten

Ein exklusiver Vorabdruck des neuen Buchs von Claudia Kemfert

Das Hauptdeck des schwimmenden LNG-Terminals im Hafen von Lubmin. JOHN MACDOUGALL/AFP

Stellen wir uns vor, in der Bäckerei um die Ecke spielen sich auffällige Dinge ab. Ein Mitarbeiter wird brutal verprügelt – weil er den Arbeitsvertrag verletzt habe, sagt der Bäcker. Zwei Mitarbeiterinnen aus dem Obstladen nebenan stehen plötzlich angekettet in der Backstube – sie seien aus der Sklaverei des Obsthändlers befreit worden, sagt der Bäcker. Ein Kunde bekommt für sich und seine Familie kein Brot mehr, wenn er nicht deutlich mehr Geld bezahle – wer nicht zur Familie gehöre, verdiene keine Sonderbehandlung, sagt der Bäcker. Eine andere Kundin wird beschimpft und mit Gewalt bedroht, bis sie endlich ihr Portemonnaie auf dem Tresen ausschüttet – sie sei eine Diebin und müsse bezahlen, was sie gestohlen habe, sagt der Bäcker. Was tun?, würde ich mich fragen. Ich könnte all die betroffenen Personen befragen, was los ist. Ich könnte irgendwelche Ordnungskräfte zu Hilfe rufen. Eigentlich ist der Bäcker ja immer nett, ich bekomme immer ein wenig Rabatt und Kindern schenkt er Rosinenbrötchen. Ich könnte aber auch einfach nicht mehr hingehen und meine Brötchen woanders kaufen. Aber ich würde sicher nicht mit dem Bäcker einen Vertrag schließen, in dem er sich verpflichtet, mir jeden Morgen eine Tüte Brötchen zu liefern, und ich mich verpflichte, diese Brötchenlieferung die nächsten 35 Jahre zu bezahlen, ganz gleich, ob ich sie brauche oder nicht. Und erst recht würde ich kein kompliziertes teures Transportsystem bauen, mit dem meine Brötchen für die nächsten 50 Jahre direkt in mein Haus transportiert werden sollen.

Aber ungefähr das geschah mit unserer Energiepolitik gegenüber Russland.

Um die Jahrtausendwende hatten sich mit russischer Beteiligung erschreckende Dinge abgespielt: Die Republik Tschetschenien wurde im Streit, ob sie „abtrünnig“ oder „unabhängig“ war, von Russland mit einem brutalen Krieg überzogen. Die Regionen Abchasien und Südossetien, eigentlich Teil des unabhängigen Staates Georgien, wurden von Russland „befreit“, was eine dreiste Beschönigung dafür war, dass die georgischen Regionen faktisch militärisch und wirtschaftlich von Russland annektiert wurden. Die ehemalige Sowjetrepublik Belarus wurde mit Preisdruck zu „Loyalität“ gegenüber Russland gezwungen. Und die Ukraine, ebenfalls ehemalige Sowjetrepublik, wurde als Gasdieb diffamiert, nachdem sie sich weder durch Preisdruck noch durch Gewaltandrohung zur Loyalität gegenüber Russland zwingen ließ.

Das alles kam nicht wirklich überraschend. Bereits in seiner Dissertation von 1997 und in einem Artikel von 1999 hatte Putin zum Ausdruck gebracht, dass er den Energiesektor nicht nur „als Schlüssel für die wirtschaftliche Wiedergeburt“, sondern vor allem als „Instrument des Wiederaufstiegs Russlands zur Supermacht“ betrachtete. Das schreibt Frank Umbach, der heutige Forschungsdirektor am European Centre for Energy and Resource Security am King’s College London, in einem Aufsatz 2006. In drastischen Worten warnt der Autor darin vor „Europas nächstem Kalten Krieg“ und vor „Moskaus neuem „Energie-Imperialismus“.

Umbach hatte in Moskau an der Universität gearbeitet, war wissenschaftlicher Berater des Nato-Generalsekretärs in Brüssel gewesen und zum Erscheinungszeitpunkt des Artikels obendrein Mitglied der Präsidialgruppe Internationale Rohstofffragen beim Bundesverband deutscher Industrie (BDI). Der Aufsatz erschien in der Fachzeitschrift „Internationale Politik – IP“, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) herausgegeben wird, einer der zentralen Forschungseinrichtungen der Außenpolitik in Deutschland. Die Referenzliste seiner Expertise zu Sicherheitspolitik und Energiesicherheit ließe sich leicht fortsetzen.

Globales Nullsummenspiel um Zugriffsrechte auf Gas

Umbach ging es ganz sicher nicht um Effekthascherei oder etwas, das wir heute „Clickbaiting“ nennen würden. Sein IP-Beitrag war in jeder Hinsicht ernst gemeint und sehr ernst zu nehmen. Absatz für Absatz reihten sich unterschiedliche Dimensionen der Warnung aneinander – und in jedem ging es um die Folgen einer zu starken deutschen Energieabhängigkeit von Russland und um die irreführenden Mythen, die kursierten. „Langfristige Lieferverträge sind keineswegs automatisch mit der Stärkung der Versorgungssicherheit gleichzusetzen“, schrieb er zum Beispiel. „Im Gegenteil: Deutschland wird noch abhängiger von Russland.“ Durch die Ostsee-Pipeline könnte Deutschland theoretisch rund 50 Prozent seines Erdgasverbrauchs und bis zu 36 Prozent des gesamten Energieverbrauchs decken, gab er ein anderes Argument der Nord-Stream-Befürworter wieder. „Doch damit wird Deutschland viel verwundbarer.“ Dies gelte nicht nur für den Fall, dass Moskau den Gashahn zudrehe, sondern auch für terroristische Angriffe auf Pipelines, die weltweit zugenommen hätten.

Russland strebe den Aufbau eines Gaskartells an, mit dem zukünftig nicht nur Preise diktiert werden könnten. Es gäbe ein globales Nullsummenspiel um Zugriffsrechte auf Erdöl- und Erdgasfelder und ein „Great Game“ um Pipelines, das keineswegs auf Zentralasien beschränkt sei, sondern – wie der russisch-ukrainische Gasstreit zeigt – auch in Europa stattfinde.

Der Vorschlag, eine im Vergleich zur Landleitung „zwei- bis dreimal so teure“ Gasleitung durch die Ostsee zu bauen, „ging auf Gazprom und den Kreml zurück und basiert primär auf geopolitischen Erwägungen“. Im Hinblick auf den russisch-ukrainischen Gasstreit zum vorherigen Jahreswechsel stellt er fest: „Das Abdrehen des russischen Gashahns hat gezeigt, dass Moskau zunehmend gewillt ist, seine energiepolitische Macht auch außenpolitisch zu instrumentalisieren.“ Auf diese Art von Konflikt sei aber weder die EU noch Deutschland vorbereitet.

Das ist nur ein Autor und ein Aufsatz von vielen, die sich aus der Wissenschaft an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft richteten. Es gab viele Texte dieser Art, gerade aus dem Bereich außenpolitischer Expertise. Die Botschaft war immer diese: Es ist ein Irrtum, zu meinen, dass Energieressourcen, egal ob Kohle, Öl oder Gas, einfache wirtschaftliche Güter seien. Sie sind Teil der außen- und sicherheitspolitischen Strategie der mächtigen Lieferländer. Energiesicherheit ist keine Frage von Luxus, es ist eine existenzielle Frage.

Aber es nützte nichts. Weder die Politik noch die Wirtschaft ließ sich durch solche Warnungen von ihrem Weg abbringen. Dessen ungeachtet schloss Deutschland „Take or Pay“-Verträge mit jahrzehntelanger Laufzeit und trieb mit großem Aufwand den Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream voran. Damit brachten wir uns in eine wachsende Abhängigkeit von einem in vielerlei Hinsicht fragwürdigen Lieferanten – und das, obwohl es Jahr für Jahr kleinere oder größere „Gasstreits“ gab, die uns eine Warnung hätten sein müssen, und das, obwohl unsere europäischen Nachbarländer schwere Bedenken hatten, und das, obwohl unser politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bündnispartner USA eindringlich warnte. (…)

Heute weigern wir uns wieder, über die wirklichen Lösungen zu diskutieren, weil es zu anstrengend wäre oder weil etwas anderes gerade leichter geht oder weil uns Ideen fehlen, wie es gehen könnte. Wieder fällen wir Entscheidungen, die uns in neue Abhängigkeiten bringen. Wieder favorisieren wir Technologien, die das eigentliche Problem nicht nur nicht lösen, sondern die dafür sorgen, dass das Problem größer und größer wird.

Wir reden über den Bau von festen LNG-Terminals, die verstärkte Nutzung von Kohlekraftwerken, die Inbetriebnahme alter Ölheizungen, die verlängerte Nutzung stillgelegter Atomkraftwerke. Wir reden über Tankrabatte und Gaspreisdeckel. Wir reden ausschließlich über Technologie der Vergangenheit. Es ist zum Wahnsinnigwerden!

Aber was wäre denn die Lösung? Die Lösung heißt Energiew…

Energieökonomin und Buchautorin Claudia Kemfert. IMAGO IMAGES

„Nein, Frau Kemfert, wir wollen nicht über Energiewende reden“, fiel mir der Talkshow-Moderator Frank Plasberg ins Wort. Es war die Sendung vom 21. März 2022. Die Energiekrise stand vor der Tür. Wir hatten noch sechs bis acht Monate Zeit, um nicht nur die leeren Gasspeicher zu füllen und provisorische LNG-Terminals zu bauen, um über den Winter zu kommen. Parallel dazu mussten wir anfangen, langfristig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im übernächsten und überübernächsten Winter nicht wieder vor demselben Problem zu stehen – oder vor einem noch größeren Problem.

Als wäre die Energiewende bloß Traumtänzerei…

Natürlich musste man da über die Energiewende reden. Aber ich schaffte es nicht einmal, das Wort zu Ende zu sprechen. Das war kein Einzelfall. Es passiert nicht nur mir dauernd, sondern auch anderen. Egal, wer versucht, zu erklären, was aus wissenschaftlicher Perspektive jetzt zu tun ist, er oder sie wird genervt bis aggressiv abgewürgt – in nahezu allen Talkshows oder anderen öffentlichen Diskussionsformaten.

Dafür sei jetzt keine Zeit, ist die Botschaft. Als wäre die Energiewende Traumtänzerei oder ferne Zukunftsmusik, worüber man reden könne, wenn die Krise überstanden sei. Nein, Energiewende ist die einzig vernünftige Antwort auf die Krise und wäre eine sehr vernünftige Prävention vor der Krise gewesen! (…)

Vor 15 Jahren war es tatsächlich noch sinnvoll, auf Gas als „Brückentechnologie“ zu setzen, weil es gute Gründe gab, sich erst mal und vordringlich von der Kohlenutzung zu verabschieden. Gas war im Vergleich dazu das deutlich geringere Übel. Insofern war es durchaus richtig, für die nächsten zwanzig Jahre mit einem erhöhten Gasverbrauch zu rechnen und diesen Bedarf durch entsprechende langfristige Verträge abzusichern.

Vor 15 Jahren hätte sich der Bau von LNG-Terminals noch gelohnt, weil man damals die jahrzehntelange Nutzungsdauer noch weitestgehend hätte ausschöpfen können. Das ist heute anders. Genauso wäre damals die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch sinnvoll gewesen, allerdings nur, wenn man im Gegenzug schneller aus der Kohlekraft ausgestiegen wäre und vor allem – und das ist das Wichtigste! – die erneuerbaren Energien sofort, mit aller Kraft, vordringlich und konsequent ausgebaut hätte.

Aber heute sind solche Maßnahmen absolut nicht sinnvoll – bis auf den Teil mit den erneuerbaren Energien. Das ist heute umso dringlicher, gerade weil ausgerechnet der richtige und „gesunde“ Teil der Lösung ausgebremst wurde. (…)

Energieminister Robert Habeck – der sich nicht „Energieminister“ nennt, sondern „Bundesminister für Wirtschaft und Klima“, ist in Wahrheit gerade nichts anderes als der Chef eines Energieministeriums – wie ich es seit zwei Jahrzehnten immer wieder gefordert habe. Heutzutage muss er aufgrund unserer extremen Gasabhängigkeit nach Katar oder nach Kanada reisen, um potenzielle Gaslieferanten davon zu überzeugen, mit deutschen Unternehmen Gaslieferverträge abzuschließen. Und leider ist er gezwungen, selbst vor Autokraten den Kotau zu machen, damit diese uns in unserer Not nicht desaströse Bedingungen aufbürden, etwa überteuerte Preise oder endlos lange Vertragslaufzeiten, die unsere Wirtschaft auf andere Weise in die Knie zwingen würden.

Im Grunde laufen wir herum wie ein Junkie, dem seine Droge abhandengekommen ist, weil sein bisheriger Drogenhändler dummerweise Amok läuft und deswegen nicht mehr geschäftsfähig ist. Jetzt gilt es, übergangsweise irgendwo Ersatz zu finden. Aber eigentlich steht der Entzug an. Am besten wäre Methadon, das uns ein wohlgesinnter Arzt spritzt, der uns dabei helfen möchte, wieder „clean“ zu werden.

Aber leider sind die meisten Gaslieferanten in der Welt fiese Autokraten, die gar kein Interesse daran haben, dass wir unsere fossile Abhängigkeit aufgeben. Wer jetzt darüber jubelt, dass Energieminister Habeck über seinen Schatten springen muss und „endlich auch mal“ fossile Energien kauft, die er doch früher so verteufelt hat, hat wirklich den Schuss nicht gehört: Das fossile Zeitalter ist zu Ende. Nur haben wir leider immer noch nicht die fossilfreie Infrastruktur, die wir eigentlich bräuchten.

Dabei ist der Schuss von 2022 so viel lauter als jeder andere zuvor. Dies ist kein Warnschuss mehr. Dieser Schuss richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen den gesamten demokratischen Westen. Er richtet sich auch gegen uns. Er soll uns treffen, er soll uns verletzen und er zielt auf unsere gesamte Existenz. All das war 2006 noch völlig anders.

Claudia Kemfert: Schockwellen - Letzte Chance für sichere Energien und Frieden. Campus, Frankfurt 2023. 310 S., 26 Euro.

Der größte Stausee des Dnipro bei Krementschuk war 2022 auf einem nie dagewesenen Niedrigstand. IMAGO IMAGES

Was die Zeitenwende mit dem Klima macht

Kampfflieger verpuffen Kerosin, AKW stellen den Betrieb ein, Wälder werden kontaminiert

VON JOACHIM WILLE

Attacken mit Panzern, Raketen, Kampfjets: Der Krieg in der Ukraine führt zu unermesslichem menschlichen Leid – und auch zu verheerenden Zerstörungen an Gebäuden und Infrastruktur sowie zu Umwelt- und Klimaschäden. Langfristig könnte der Konflikt, der die Erdgas-, Erdöl- und Strommärkte durcheinandergebracht hat, freilich zu einem schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien führen – und damit sogar den Klimaschutz befördern.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) warnt angesichts des Krieges vor „weitreichenden und schweren Schäden mit unmittelbaren und längerfristigen Folgen für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme“. Das ukrainische Umweltministerium zählt bislang über 2000 solcher Fälle. Und die ukrainische NGO „Audit Chamber“ schätzte bereits vor zwei Monaten, dass die finanziellen Schäden durch kriegsbedingte Umweltschäden bislang sich auf 34 Milliarden Euro belaufen.

Der Donbass leidet extrem

Am schwersten betroffen von den Umweltschäden ist der Donbass, wo mit Unterbrechungen bereits seit 2014 gekämpft wird. Doch Moskau hat inzwischen den Krieg aufs ganze Land ausgebreitet und lässt gezielt Kraftwerke, Treibstofflager und Anlagen der Wasserversorgung bombardieren. Schadstoffe belasten die Luft und das Grundwasser, und es wird geschätzt, dass rund sechs Millionen Menschen keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Auch die Natur ist betroffen. Die Umweltstiftung WWF rechnet damit, dass rund drei Millionen Hektar Wald von den Kampfhandlungen betroffen sind, was einem Drittel aller ukrainischen Wälder entspricht. In Mitleidenschaft gezogen seien auch 20 Prozent der Naturschutzgebiete. Negative Folgen haben die Kämpfe auch für den besonders wichtigen Agrarsektor. Brände hätten Ernten und Viehbestände dezimiert, heißt es bei der Nationalen Agrar-Universität der Ukraine.

Die Klimabilanz des Krieges ist schwierig zu quantifizieren – selbst vorläufig. Eine Rolle spielen die direkten Treibhausgas-Emissionen der Kampfjets, Truppentransporter, Panzer und Schiffe. Ein Kampfflieger beispielsweise verbraucht rund 5000 Liter Kerosin pro Flugstunde, ein sowjetischer T-72-Panzer etwa 250 Liter Diesel auf 100 Kilometer.

Andererseits sinken die CO_2-Emissionen zum Beispiel, wenn fossile (Heiz-)Kraftwerke wegen der Angriffe nicht weiter betrieben werden können. Wie stark die weitere Aufrüstung in Russland und als Reaktion auch der Nato zu einem Anstieg des CO_2-Ausstoßes führen wird, ist naturgemäß unklar. Die britische NGO „Scientists for Global Responsibility“ schätzt, dass das Militär und die wehrtechnische Industrie weltweit generell für rund fünf Prozent der Emissionen verantwortlich sind.

Wichtiger noch als die direkten Emissionen durch Panzer und Jets sind für die globale CO_2-Bilanz natürlich die kurz- und langfristigen Veränderungen in der Energiepolitik, die durch Putins Invasion ausgelöst wurden. Aktuell sind die Emissionen etwa in Deutschland und der EU angestiegen, etwa, weil stillgelegte Kohlekraftwerke wieder hochgefahren wurden und mehr klimaschädliches Flüssiggas verbraucht wurde. Viele Länder haben jedoch, auch unter dem Eindruck des Krieges und der explodierten fossilen Energiekosten, ihre Umstiegspläne auf CO_2-freie Energien forciert. Das kann langfristig helfen, die globalen Emissionen schneller zu senken.